

Selbsthilfe!

Die Maßnahmen der jetzt einige Monate amtierenden Reichsregierung haben bereits klar gezeigt, auf welcher Grundlage nach ihrem Rezept die Ankurbelung der Wirtschaft erfolgen soll. Der Industrie und dem Besitz macht man Milliardensteuererlassen, den Arbeitnehmern und Sozialrentnern werden Lohn- und Rentenkürzungen verordnet. Während man so auf der einen Seite die „Wirtschaft“ entlastet, geht man auf der anderen Seite immer stärker dazu über, die Arbeitnehmerschichten bis ins Uferlose zu belasten. Forderungen, die von einer weltfremden Reaktion seit Jahr und Tag erhoben wurden, werden jetzt bereitwillig erfüllt. Dies alles geschieht mit der subversiven Motivierung, nur so den Kern der deutschen Sozialgesetzgebung über diese schwierige Zeit hinüberretten zu können.

Diese einseitigen und rücksichtslosen Maßnahmen bringen die Arbeiterschaft in die schwerste Bedrängnis. Zu lange schon liegt über der deutschen Wirtschaft der Schatten der Krise. Ausgewertet durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit folgen nun die Lohnkürzungen Schlag auf Schlag. Vielfach sind sie schon an jenem Punkte angelangt, wo die Frage berechtigt ist: Hat die Arbeit überhaupt noch einen Sinn? Und trotzdem: Immer neue Notverordnungen mit neuen Abstrichen am lauer verdienten Lohn. So wird die Lage der Arbeitnehmerschaft immer verzweifelter und verbitterter. Die Auffassung, daß bei ihr längst das Maß des Tragbaren in einseitiger Weise überschritten wurde, ist allgemein.

Wesentlich trägt hierzu bei die Entrechtung auf sozialpolitischem Gebiete. Glaubte der Arbeiter bisher in den Wechselfällen des Lebens durch seine Sozialversicherung vor dem Schlimmsten geschützt zu sein, so haben die jüngsten Regierungsmassnahmen diesen Glauben stark erschüttert, zum Teil sogar völlig untergraben. Es ist für den einfachen Arbeiter eben unverständlich, wenn man ihm eine Rente — genau nach gesetzlichen Bestimmungen errechnet und jahrelang auszahlt — auf einmal wesentlich kürzt oder gar völlig streicht. Er hat doch sein gutes Geld in Form von Beiträgen jahraus, jahrein zur Erlangung dieser Rente ausgegeben. Die Kürzung oder Streichung so erworbener Rechtsansprüche widerspricht seinem gesunden Rechtsempfinden. So hat sich durch die jüngsten Regierungsmassnahmen in Arbeitnehmerkreisen eine Fülle von Empfindungen angeammelt, die einer Wirtschaftskatastrophe sicher gefährlich werden kann. Nächstes dieser gefährlichen Situation wird bestimmt der Radikalismus sein.

Wenn wir dies feststellen, so soll damit keineswegs einer Radikalisierung der Arbeitnehmerschichten das Wort geredet werden. Vielmehr handelt es sich dabei um Feststellungen, die jeder machen kann, wenn er nur hineinhorcht in die Arbeiterseele. Diese Entwicklung ist sowohl im Interesse des Volksganzen, als auch im Interesse der Arbeitnehmerschaft selbst aufs tiefste zu bedauern. Unser Wirtschaftsleben bedarf zur Aufwärtsentwicklung der ruhigen Kontinuität. Wir vermögen nicht zu glauben, daß die Regierungsmassnahmen eine solche gewährleisten. Dies umso weniger, als auch die jüngsten Ereignisse auf politischem Gebiete (Reichstagsauflösung) geeignet sind, weitgehend neue Beunruhigung zu schaffen.

Was Radikalisierung der Volksschichten für die unteren Volksschichten für tragische Folgen haben kann, dafür bietet die Gegenwart den besten Anschauungsunterricht. In dem Maße, wie diese Radikalisierung wuchs, steigerte sich die Rechtlosigkeit der Arbeitnehmer, wuchs Not und Elend in ihren Reihen. Ob man die Hoffnung hegen darf, daß wenigstens der irreführende Teil der Arbeitnehmerschichten aus der gegenwärtigen Situation die einzig vernünftige Schlussfolgerung zieht? Drängt sich dem Arbeiterstand heute nicht mit zwingender Deutlichkeit die Erkenntnis auf, daß er in dem Kampfe um sein Menschenrecht allein darsteht. Wo sind sie denn jetzt, all die anderen Berufsschichten, die gegen das schreiende Unrecht an der

General v. Schleicher antwortet

Wir berichteten bereits darüber, daß der Hauptvorstand unseres Verbandes die von uns veröffentlichten Berichte „Menschen in Not“ in einer Denkschrift mit weiterem umfangreichen Material über die Notlage der arbeitslosen Textilarbeiter der Reichsregierung unterbreitet hat. Als vorrangigste Schutz- und Hilfsmassnahmen wurden gefordert: Unterbindung weiterer Lohnkürzungen und Erhöhung der schon zu tief gedrückten Tarifföhne; ausreichende Unterstützungshilfe

für Arbeitslose und Kurzarbeiter; Arbeitsbeschaffung durch stärkere Heranziehung der größeren Vermögen und höheren Einkommen zur Aufbringung der Mittel und generelle Beschränkung der Arbeitszeit entsprechend den allgemeinen Beschäftigungsmöglichkeiten in der Textilindustrie.

Auf diese Eingabe ging vom Reichswehrminister folgende Antwort ein:

Berlin W 10, den 5. 9. 32.

Königin-Augusta-Strasse 33/34,
Telefon: B 1 Rufzahl 6266 - 6269

Der Reichswehrminister.

Nr. 4224/32 W II G.

(Bitte in der Antwort anzugeben, Nr., Datum und kurzen Inhalt anzugeben.)

An den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands,

Düsseldorf 55,
Florastrasse 7.

Für Ihr Schreiben vom 29. 8. 32 und die Denkschrift über die Notlage der Textilarbeiterschaft danke ich Ihnen sehr.

Seien Sie überzeugt, dass alle Massnahmen der Regierung von dem Gedanken getragen sind, gerade den von Ihnen geschilderten Notständen abzuhelfen.

gez.: v. Schleicher.

Die Tatsache, daß diese Beantwortung unserer Eingabe durch das Reichswehrministerium erfolgt, mag etwas vermunderlich erscheinen. Ohne Frage ist aber auch das Reichswehrministerium an unserer Eingabe und den von uns geschilderten unheilbaren Notzuständen unmittelbar interessiert. Mit Recht erinnert „Der Deutsche“ daran, daß schon einmal in der preussischen Geschichte ein General (von Horn) sich an die oberste Regierungsinstantz — den König — wandte mit der Bitte, unhaltbaren wirtschaftlichen und sozialen Zuständen abzuhelfen, als er appellierte, der industriellen Menschenausbeutung und Vernichtung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Einhalt zu gebieten, um nicht

den ganzen volklichen Nachwuchs zu degenerieren. „Das Vaterland kommt in Gefahr“, so warnte damals General von Horn. Diese Warnung gilt auch heute wieder. Die Antwort des Herrn von Schleicher, vom gleichen Tage datiert, an dem die berichtigte neue Notverordnung herauskam, kann darum von uns nur so verstanden werden, daß alle jene vorgeesehenen neuen Lohnabbau- und Tarifverschlechterungsmassnahmen, die diesem Bestreben, „den geschilderten Notverhältnissen abzuhelfen“, offenkundig widersprechen, auch nach der Auffassung des Herrn von Schleicher auf die Textilindustrie nicht anwendbar sein können.

Arbeiterchaft Bewahrung einlegen? Wo sind sie jetzt, jene großen Parteien, die zwar Versprechungen über Versprechungen gemacht haben, können sie jetzt am Schicksal der Arbeitnehmer etwas ändern? Und wo ist die öffentliche Tagespresse, die feierlich Protest erheben würde gegen die Verelendung breiter Volksschichten? Säger der Arbeiter- und Gewerkschaftspresse rührt sich auch da nichts. Es ist schon so: Die Verbesserung der Lage der Arbeitnehmerschaft kann nur ihrer eigenen Tatkraft gelingen. Selbsthilfe ist das Gebot der Stunde!

Diese Selbsthilfe muß zum Ausdruck kommen in einer entschlossenen Vorbereitung für die gewerkschaftliche Organisation. Nicht die Parteien, sondern die Gewerkschaften werden jetzt den Kampf in den Betrieben zu führen haben gegen die Verelendung und Entrechtung. Der Grad ihrer Schlagkraft wird entscheidend sein für die Erringung des Erfolges. Jene Männer, die vor mehr als 30 Jahren zur Gründung gewerkschaftlicher Organisationen schritten, hatten klar erkannt, daß nur die Selbsthilfe der organisier-

ten Arbeitnehmerschaft in der Lage sei, der Reaktion und dem Scharfmachertum das Handwerk zu legen. Diese Erkenntnis der „älteren Generation“ gilt auch heute noch.

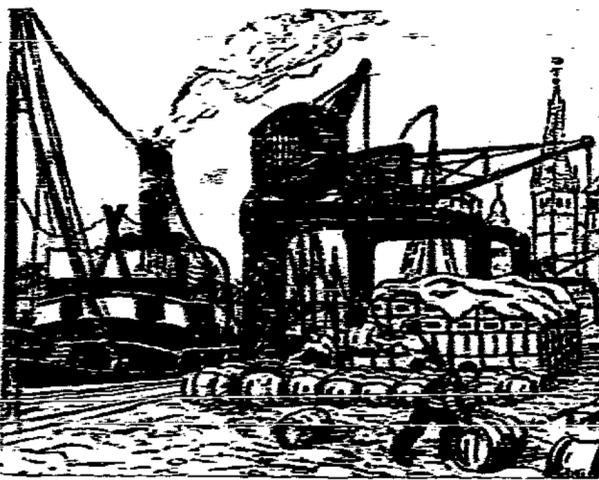
In diesen Tagen ist in Düsseldorf der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften zu seinem 13. Kongress zusammengetreten. Die Beratungen dieses Kongresses werden zweifellos für die Gestaltung des Schicksals unserer Arbeitnehmerschaft von besonderer Bedeutung sein. Doppelt bedeutsam muß diese Tagung werden in einer Zeit wie der gegenwärtigen. Die breite Öffentlichkeit wird die Stimme dieses Arbeiterparlamentes nicht überhören können. Von jeher ging von diesen Kongressen eine starke werbende Kraft aus. Wir wünschen, daß die Stimme dieses Kongresses zum starken Impuls werde für eine tatkräftige und erfolgreiche Vorbereitung draußen im Lande. Möge die christliche Arbeitnehmerschaft allerorts aufs neue angepornt werden für eine mutige und entschlossene Selbsthilfe. An dem organisierten entschlossenen Willen wird die Reaktion zerschellen. R. W.

Düsseldorf.

Der in Rheinland nur die köstliche Vergangenheit, nur Burg und Dome, nur rebenbekränzte Ufer sah, bewunderte das Rheinland nur zur Hälfte. An den Ufern des Niederrheins liegt das größte und lebendigste Wirtschaftsgebiet Deutschlands, hier denkt und schafft in tausendfältiger Bewegung die Gegenwart, das Rheinland von heute. Der schönste und reifste Ausdruck dieses zeitgenössischen Rheinlands ist Düsseldorf, die schöne Stadt der Kunst und der Gärten, die Stadt der Stahls, des Glases, der großen Wirtschaftsverbände, die Stadt der Ausstellungen und des neuesten Verkehrs.

Als kleines Städtchen wird Düsseldorf nach seines Gründers, des Grafen von Berg, im Jahre 1288 zuerst Erwähnung getan. Im 17. Jahrhundert wählte der kaiserliche Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz Düsseldorf zu seiner Residenzstadt. Dem mit begann für Düsseldorf der Anfang einer neuen Stadt. Dem Kurfürsten, einem großen Freund und eifrigen Sammler von Bildwerken, verdankt Düsseldorf die wundervolle Gemäldegalerie, die Jahrzehnte hindurch im Mittelpunkt der Kunstwelt stand. Sie zog mit geheimnisvoller Kraft die Jünger der Kunst aus aller Herren Länder an. Der Zeitraum wurde noch kürzer, als die Stände durch den Ankauf der Sammlungen des Galeriedirektors Knabe die Schätze der Galerie, noch vermehrt hatten. Auf dem Boden der künstlerisch bildenden Vergangenheit entwickelte sich um die Wende des 18. Jahrhunderts das klassische Düsseldorf zu schaffender Entfaltung. In jenem Mittelstand fanden die Brüder Jacobi, aus denen der berühmteste Sohn, Heinrich Jacobi, hervorging, den geistigen Boden Düsseldorf bestaunte. Im 19. Jahrhundert, den lebenswichtigen Dichterpfeilschützen, sammelte sich ein Kreis angelegener Männer, so Wieland und Wilhelm Heine. Goethe war wiederholt sein Gast, und im ehrenwürdigen Garten von Bentzenhof, wo heute der Künstlerverein Melchior seine Heimstätte aufgeschlagen hat, wurde geistreiche Gespräche geführt. Am händischen Theater waren Gräbe, Jannemann, Mendelssohn-Bartholdy, Robert Schumann und Strauss tätig — Namen, die wir heute mit Ehrfurcht ansprechen. Düsseldorf's berühmtester Sohn ist aber natürlich Heinrich Heine, dessen Geburtshaus in der Heinestrasse das Ziel aller Kunstliebhaber ist. Im Jahre 1806 entsandte sich sein biographischer Gedanke zu den ersten Büchern. Unvergleichlich schmerzhaft und unerträglich war der Verlust des Rokoko'schen Geburtshaus am Ende der bevorstehenden Sammlung brachte. Im Jahre 1806 wurden die Sammlungen nach München überführt, wo sie jetzt den wertvollsten Bestandteil der alten Kaiserlichen

ansammlen. Nur langsam hat die Kunststadt sich von diesem jüngerer Schicksal erholt. Erst unter Peter von Cornelius und Wilhelm von Schadow, den großen Meistern der Düsseldorfer Malerschule, und den unerschöpflichen Lehrern der Düsseldorfer Kunstakademie erlebte das Kunstschaffen eine neue Blüte. Namen wie Schadow, Dreyer, Pöpping und Peter Janssen sind mit dieser Prätigkeit untrennlich verbunden.



Freiwilliges Empfinden und sonstiger, rheinischer Humor waren Jahrzehnte hindurch der kräftige Impuls der aufstrebenden Stadt. Im Vordergrund gab dem Boden eine besondere Rolle. Es herrschte nirgendwo ein spärlicher Reichum, aber auch von der kleinen Kunst ließen die weitaus meisten verschont. Die Kunststadt Düsseldorf hat immer noch verjüngt hat mit den Sorgen um das tägliche Brot, so ist doch auch heute noch überall in der Stadt der Geist künstlerischer Schaffensregung. Die Kunststadt Düsseldorf gehört, wenn man die gewerkschaftliche Organisation Düsseldorf als einen angelegenen Wohnort gemacht. Dieser Ort dankt Düsseldorf in erster Linie dem am kurfürst-

lichen Hofe angestellten Gartenarchitekten Beyhe, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts den Hofgarten zu einer sehenswürdigkeit ausbaute. Heute bildet diese hundert Morgen große Grünfläche, inmitten der Großstadt gelegen, den notwendigen Ausgleich zu dem Hasten und Treiben großstädtischen Verkehrs und für Tausende eine Stätte der Erholung. Vom Hofgarten aus wurde die Grünflächenpolitik der Stadt organisch weiter entwickelt. Die erforderlichen räumlichen Möglichkeiten hierzu zu schaffen, war eines der Hauptziele der kommunalen Neugliederung des Jahres 1929.

Die neue Zeit hat an die Wohnstadt der alten Zeit wesentliche Forderungen gestellt. Die außerordentlich starke industrielle Entwicklung, die Düsseldorf in den letzten fünfzig Jahren genommen hat, brachte naturgemäß auch eine außerordentliche Verelendung der Bevölkerung mit sich. Für Handel und Industrie, die der Graf-Adolf-Strasse mit ihren ständigen Maschinenausstellungen, der Königsallee und der Schadowstrasse mit ihren großen und leistungsfähigen Kaufhäusern und schließlich der Breitenstrasse mit dem elf Stockwerke hohen Wilhelm-Marx-Haus, ihr Gepräge geben — erstanden moderne Bauten nach dem architektonischen Grundgedanken der neuen Schlichkeit, berechnet nach Rationalisierung und unbedingter Zweckmäßigkeit. Am Rande der Stadt und in den Vororten entstanden neue Wohnbezirke. Durch die Stadterweiterung und mit ihrer Unterstützung durch die Gewerkschaften wurden seit dem Jahre 1924 14600 Wohnungen mit einem Kapitalaufwand von 63,29 Millionen Mark erbaut. Jahrelange Erwerbslosigkeit tausender Düsseldorfer Bürger hat die Stadt zur Durchführung eines umfangreichen Wohnungsprojektes im Wege der Erwerbslosen-Selbsthilfe veranlaßt. Welche Bedeutung Düsseldorf als Wohnstadt hat, geht nicht zuletzt daraus hervor, daß in Düsseldorf nicht weniger als 180 Reichs- und große Bezirksverbände, darunter die bedeutendsten Wirtschafts- und Industrieverbände, ihren Sitz haben. Das Ruhrgebiet ist das Herz der deutschen Großindustrie, sein Hirn aber, wo die mannigfaltigen Nervenzweige zusammenlaufen, wo seine Funktionen wesentlich bestimmt werden, ist Düsseldorf.

Von der reinen Industriestadt hat sich Düsseldorf immer mehr zum Typ einer gemischten Großstadt, in der der industrielle Anteil überwiegt, entwickelt. Die Dominante im Ruhrgebiet bis zum Fertigfabrikat verarbeitet werden. Die Erzeugung von Draht und Röhren (Mannesmannröhren-Werke) gibt der Düsseldorfer Industrie eine besondere Note, man darf wohl behaupten, daß Düsseldorf heute der Sitz der größten Röhrenindustrie der ganzen Welt ist. Auf gleicher Höhe steht der Maschinenbau, und zwar der Bau von Maschinen für Güter-

Das Echo der neuen Notverordnung!

Der Reichstag hat mit einer Mehrheit von 95 Prozent die Aufhebung der von der Regierung erlassenen Notverordnung beschlossen. Es mag dahingestellt sein, ob diese Abstimmung rechtliche Wirkung hat oder nicht. Sicher ist jedoch, daß diese Abstimmung die Auffassung des Volkes über diese Notverordnung treffend wiedergibt.

Inbesondere die Arbeiterschaft aller Richtungen ist empört über das ihr angetane Unrecht und nicht gewillt, das Ausnahmerecht, das hiermit für sie geschaffen ist, hinzunehmen. In allen Versammlungen der Arbeiterschaft kommt immer wieder die helle Empörung darüber zum Ausdruck, daß die Regierung zwar mit schönen sozialen Worten nicht kargt, daß aber ihre Handlungen an unsozialem Geist nicht mehr zu übertreffen sind. In der Tat ist es so, daß diese Notverordnung in ihren Auswirkungen erreicht, daß die jetzt noch in Arbeit stehenden auf das Niveau der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützten herabgedrückt werden. Gegen diese Massenverleumdung wendet sich die Arbeiterschaft auf das allerhöchste.

Auf der anderen Seite sind es die unsozialsten Unternehmer, die von der Notverordnung den größten Vorteil haben. Es sind jene Unternehmer, die bislang keinerlei soziale Rücksichten gekannt und rücksichtslos Teile ihrer Belegschaft entlassen und mit dem übriggebliebenen Teil 48 Stunden pro Woche und länger gearbeitet haben. Diese gehen jetzt dazu über, die Arbeitszeit auf 40 Stunden zu verringern und entsprechend der Verringerung der Arbeitszeit mehr Leute einzustellen. Schon diese Verschiebung in der Arbeitsverteilung, die keinerlei Vermehrung der Arbeitsgelegenheit, sondern nur eine anderweitige Verteilung der Arbeit bedeutet, gibt ihnen nach der Notverordnung das Recht, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde entsprechend zu kürzen. So wurde uns aus Kempen ein Fall gemeldet, wo eine Seidenweberei, die bisher mit einem kleinen Teil ihrer Belegschaft voll gearbeitet hatte, die Arbeitszeit auf 40 Stunden ermäßigt. Durch diese Kürzung der Arbeitszeit entfiel der Arbeiter ein Lohnausfall von 16,3 Prozent. Die Firma stellt nun entsprechend mehr Leute ein und kürzt die Löhne für die 31. bis 40. Stunde um 50 Prozent. Diese Kürzung bedeutet für die Arbeiterschaft einen weiteren Lohnausfall von 12,5 Prozent, so daß die Arbeiterschaft insgesamt einen Lohnausfall von 29 Prozent zu tragen hat. In diesem Falle ist von unserem Verband sofort Beschwerde beim zuständigen Schlichter eingelegt, da eine derartige Ausnutzung der Notverordnung nicht ruhig hingenommen werden kann. Aus Westfalen wurde uns ein Fall gemeldet, wo die Arbeiterschaft durch Einstellung von 14-15jährigen Jugendlichen vermehrt wurde. Selbstverständlich zu dem Zweck, die für die Vermehrung der Arbeitnehmerzahl vorgesehene Prämie und ebenso die vorgesehene Lohnherabsetzung in Anspruch nehmen zu können. Hier ergibt sich der krasse Zustand, daß den Jugendlichen weniger Lohn gezahlt zu werden braucht, als Prämie und Lohnsenkung insgesamt ausmachen.

Derartige krasse Fälle müssen auf die Arbeiterschaft verbitternd und geradezu revolutionierend wirken. Es ist verständlich, wenn sich die Arbeiterschaft mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen solche Maßnahmen zur Wehr setzt. Die heutigen Machthaber müssen sich aber auch darüber klar sein, daß die Stimmung in der Arbeiterschaft bis zum alleräußersten mit Explosivstoff geladen ist. Es wird nur eines Funkens bedürfen, um diese zur Explosion zu bringen. Wägen sie deshalb so schnell wie möglich der allgemeinen Volksstimmung Rechnung tragen und das Unrecht vom 4. September wieder beseitigen.

J. B.

Durch Wirtschaftsverordnung größere Not!

Der sozialpolitische Teil der Notverordnung „zur Behebung der Wirtschaft“ ist in der Begründung durch die Reichsregierung mit den schönen Worten eingeleitet: „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft soll gesichert und der soziale Grundgedanke gewahrt bleiben.“ Ohne auf Einzelheiten der Verordnung einzugehen, darf man nach den jetzigen Verlautbarungen schon sagen, daß nach dieser einleitenden, grundsätzlichen Erklärung nicht gehandelt wurde. Die Arbeiterschaft bzw. die Gewerkschaften müssen in erster Linie ein Interesse haben an einem aufbauenden Wirtschaftsprogramm, aber sie müssen in aller Eindeutigkeit erklären, daß man mit einer weiteren Verschlechterung der Lebenslage der Vollarbeiter, wie auch besonders der Kurzarbeiter, den Aufbau nicht vollbringen kann.

Nach unserer Aufstellung arbeiteten in der münsterländischen Textilindustrie im Monat Juli 40 Prozent der Arbeiter unter 32 Stunden in der Woche, 27 Prozent von 32 bis 40 Stunden und 33 Prozent über 40 Stunden. Es arbeiteten also schätzungsweise ca. 50 Prozent der Arbeiter über 30 Stunden pro Woche. Nach den jetzigen Lohnsätzen hat der Kurzarbeiter mit 30 Arbeitsstunden das Existenzminimum bestimmt schon erheblich unterschritten. Nehmen wir einen Hilfsarbeiter, der in den Kreisstädten des Münsterlandes und den Orten gleicher Größe einen tariflichen Stundenlohn von 50,5 Pfg. erhält. Dazu tritt für die Verheirateten pro Kind und Ehefrau eine Sozialzulage von 1 Pfg. pro Stunde. Das ist bei 30stündiger Arbeitszeit ein Brutto Lohn von 15,15 M. Nach Abzug der Versicherungsbeiträge bleiben noch etwa 14,- M. Die Wochenmiete ist unterschiedlich, beträgt aber in vielen Fällen 5,- M. und mehr. Verbleiben also nicht mal 10,- M. in der Woche für Nahrung und Bekleidung für die ganze Familie. Auch wenn man noch die Zulage für Frau und vier Kinder von 5 Pfg. pro Stunde, sind 1,50 M., hinzurechnet, so ist das Existenzminimum noch tief unterschritten. Wenn aber zu denselben Verhältnissen 40 Stunden gearbeitet wird, so erhöht sich der Wochenlohn um 5,05 M., mit Sozialzulage für Frau und Kinder um 7,05 M. pro Woche. Die Notverordnung verfügt, daß bei einer Mehreinstellung von Arbeitskräften dieser über 30 Stunden verdiente Betrag bis zu 50 Prozent gekürzt werden kann. Man kommt dann immerhin nur auf einen Wochenlohn bei 40stündiger Arbeitszeit von 17,67 M. Nach Abzug der Versicherungsbeiträge und Entrichtung des angegebenen Mietzins verbleiben noch 11-12 M. pro Woche. Mag nun auch für den Facharbeiter noch ein Zuschlag von 15 Prozent hinzukommen, so ist auch damit das Existenzminimum einer Familie bedeutend unterschritten, das wird niemand heftiger anstellen, es sei denn, daß er eine Person von 2,30 M. in der Woche oder 23 Pfg. pro Tag ernähren und kleiden kann. Durch diese Notverordnung werden die Kreise der Arbeiter, die heute noch das Glück haben, 40 Stunden und mehr zu arbeiten, in das selbe Elend hineingebracht, in das bei diesen Löhnen die Kurzarbeiter, welche etwa 30 Stunden in der Woche arbeiten, schon stecken, und in das die Juli-Notverordnung die Arbeitslosen hinein veretzt hat.

Im zweiten Abschnitt der Vollzugsverordnung ist der Schlichter ermächtigt, bei Betrieben, die zu erliegen drohen, oder bei Wiedereröffnung des Betriebes, den Tariflohn bis zu 20 Prozent zu kürzen. Der Arbeiter in solchen Betrieben sieht sich dann nicht günstiger, als die oben erwähnten Beispiele besagen. Der Facharbeiter erhält dann einschließlich Soziallohn für Frau und vier Kinder einen Brutto Lohn von 16,16 M. in 40 Arbeitsstunden.

Da der Hauptzweck dieser Verordnung die Einföhrung der Kurzarbeit und die dadurch bedingte Mehreinstellung ist, werden die Betriebe wahrscheinlich alle Möglichkeiten überlegen, zur Kurzarbeit überzugehen, um dadurch Mehreinstellungen vornehmen zu können, um so in den Genuß der Beschäftigungsprämien und der Lohnvergünstigung zu kommen.

Was aber sagen die Arbeitgeber dazu, die bisher bereits durch Kurzarbeit ihre Belegschaft durchgehalten haben, und besonders solche, die mit leger Kraft über 40 Stunden gearbeitet haben und auch infolge eigenartiger Verhältnisse nicht soviel Kurzarbeit einlegen können, um Mehreinstellungen vorzunehmen? Rund 33 Prozent unserer Betriebe arbeiten noch über 40 Stunden, davon noch 15 Prozent 48 Stunden. Es ist nicht unsere Auffassung, daß der Wirtschaft damit gedient ist, daß diese Betriebe ebenfalls zur Unrentabilität gezwungen werden oder dieselben dann notdürftig auf Kosten herabgesetzter Löhne ihre Rentabilität wieder herstellen.

Aus sozialen wie aus wirtschaftlichen Gründen muß die Arbeiterschaft diese Notverordnung ablehnen.

Seeke.

Herr von Papen - Sie haben . . .

Herr von Papen, Sie haben wiederum zum deutschen Volk gesprochen. Sie haben nicht nur viel Worte gemacht, sondern auch deutliche Worte geredet. Es ist notwendig, daß heute deutlich gesprochen wird. Notwendig für das Volk, notwendig aber auch für eine Regierung, die „Vollregierung“ sein will!

Sie haben, Herr von Papen, in Ihrer Rede an das deutsche Volk gezeigt, daß Sie sich Ihrer Person und der Bedeutung Ihrer Person wohl bewußt sind. „Ich, der Reichszugler“, so sprechen Sie von sich, und Sie ziehen eine große Parallele: „Mein großer unerreichbarer Vorgänger Bismarck“, so machen Sie eine historische Anleihe, die für Ihr eigenes Wertbewußtsein charakteristisch ist. Sie sprechen endlich von einem großen Werke und von großen Taten, die Sie begangen haben, und werden so der Erkenntnis Ihrer staatsmännischen Bedeutung nicht minder gerecht.

Wir haben das wohl und reiflich konstatiert, Herr von Papen, und Ihre Worte aufmerksam gehört. Aber Herr von Papen, und das ist das große „Aber“, das wir Ihnen entgegenhalten müssen: Sie haben dennoch noch nichts von all dem Positiven getan, von dem Sie sprachen. Sie wollen nach Ihrem Handeln beurteilt werden. Zum zwei-

ten Male fordern Sie das. Wir urteilen danach und wir stellen fest, daß die Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms selbst ebenso wenig eine Regierungs Erklärung, man mag zu diesem Programm und zu dieser Erklärung stehen wie man will, dennoch noch keine Tat ist.

Sie stehen am „Anfang“, so sagen Sie selbst von Ihrer Staatsführung. Wir stimmen Ihnen zu, daß es unmöglich ist, in einer dreimonatigen Regierungstätigkeit „abgeschlossene Leistungen vorzuweisen“. Aber wir sehen von positiven Leistungen und Erfolgen selbst überhaupt noch nichts. Wir sehen nur Lasten, die Sie dem Volk aufbürdeten, wir sehen nur soziale Ungerechtigkeit, mit der Sie die Existenz zahlloser Arbeitslosen und ihrer Familien zerschlagen haben, und sehen Geschenke an andere und versprochene Geschenke, die diese Ungerechtigkeit noch verschärfen und der christlichen Gerechtigkeitsmoral, von der Sie immer reden, widersprechen. Und so schön und groß Ihre Worte sind, Herr von Papen, und so groß Ihr Bewußtsein von der eigenen Größe ist, wir fürchten, Herr von Papen, Sie haben eine falsche Parallele gezogen. Ihr großer Vorgänger wird Ihnen wirklich immer „unerreichbar“ bleiben.

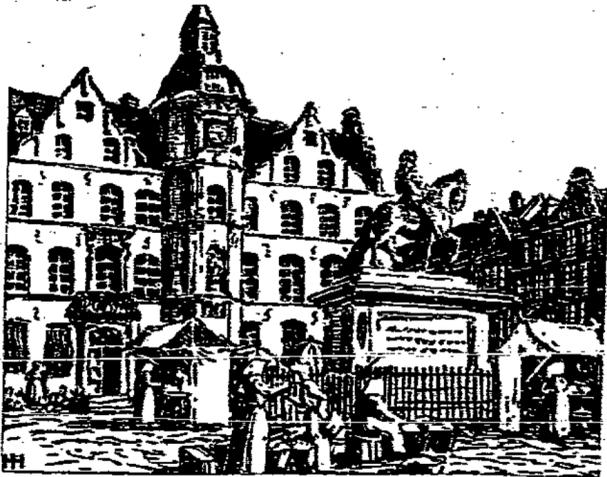
Dem deutschen Volke aber ist damit wahrlich ein schlechter Dienst getan.

von Papen:
Mein großer, unerreichbarer Vorgänger - Bismarck!



und Bergwerke, für den Schiffsbau, für die chemische Industrie, sowie von Werkzeugmaschinen für alle Industrie- und Handwerkszeuge.

Diese Breite und Intensität des wirtschaftlichen Lebens Düsseldorf, wo bis zum Jahre 1830 von Industrie und Handel kaum etwas zu hören war, ist wesentlich bedingt durch die außerordentlich günstige Verkehrslage. Der Düsseldorf



Wirtschaftsraum liegt im Rheintal zwischen dem linksrheinischen Industriegebiet von Neuf, Krefeld, Gladbach und Aachen einerseits und der Kleinteilen- und Textilindustrie des Wuppertales und des Bergischen Landes sowie der Kohlen- und Eisenindustrie des Ruhrbezirks andererseits. Zu diesen hochentwickelten Wirtschaftsgebieten hat Düsseldorf stets die regsamsten Beziehungen unterhalten. So wurde es dank seiner natürlichen Lage am Rhein zum Stapelplatz für das Bergische Land und zum wirtschaftlichen Stützpunkt des Ruhrgebietes. Der Eisenbahnknotenpunkt Düsseldorf ist einer der verkehrsreichsten ganz Deutschlands. Hier kreuzen sich die Wege zwischen Ruhrgebiet und Süddeutschland, zwischen dem rechtsrheinischen Deutschland und Gladbach-Pol-

land, Aachen-Belgien und Frankreich. Das Straßenbahnnetz greift tief in das Hinterland hinaus. Auf der Strecke nach Krefeld verkehren die einzigen Straßenbahn-Speisewagen Deutschlands. Ein weitläufiger Flughafen im Norden der Stadt trägt der modernen Verkehrsentwicklung Rechnung.

Das Bild des neuen Düsseldorf wäre unvollständig, wenn nicht mit wenigen Worten des Ausstellungswesens gedacht würde. Im Jahre 1811 fand die erste Gewerbeausstellung statt, von 14 Industriellen aus dem Bergischen Land, aus Solingen, Remscheid und von den Wuppertaler Spinnerellen besichtigt. Hundert Jahre später, 1902, beherbergt Düsseldorf die große internationale Gewerbe- und Industrieausstellung, und 1926, wenige Jahre nach dem Kriege und den separatistischen Unruhen, ein Jahr nach dem Wegzug der Besatzung, zog sich an Düsseldorf's Rheinfront entlang eine ganze Ausstellungstadt, die sechs Monate hindurch mehr als 7 Millionen Besucher aus aller Herren Länder sah. Es war die gewaltige Kraftanstrengung eines Volkes, das sich mit Fleiß und Zähigkeit seinen alten Platz unter den Nationen wieder erringen will.

Singewiesen sei noch auf das Reichsmuseum für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde, das in einer der markantesten Gebäudebauten am Rheinufer untergebracht ist. Die Ausstellung gibt nicht einen Ueberblick über eine tote Materie, sie ist dem ständigen Wechsel unterworfen und beansprucht, da die Aufgaben immer auf den neuesten Stand gebracht werden, dauerndes Interesse. Vorgänge aus der Familie, der Gesellschaft, dem Staat, der Wirtschaft und deren Rationalisierung, der Bevölkerungsbewegung und der Ernährungsweise haben hier ihre bildhafte und plastische Darstellung erfahren. Urzeitliche Dioramen, Diapositive, Tafeln, Bewegungs- und Beleuchtungsmodelle geben nicht nur lehrreichen Querschnitt durch das deutsche Volk und seinen Aufbau, sie machen das Reichsmuseum zu einer Hochschule für jedermann. Daß das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften an der Vorbereitung und Durchführung dieses einzigartigen Museums maßgeblich beteiligt war, dürfte besonders interessieren.

Früher und auch jetzt haben die Entwicklung Düsseldorf's stark gehemmt. Ungebrochen aber ist der Glaube an die Gegenwart und die Hoffnung auf eine freundlichere Zukunft. Kunst und Natur, alte Kultur und moderne Industrie sind die starken aufbauenden und vorwärtstreibenden Kräfte, die landwirtschaftlichen Vorzüge und der rheinisch-fröhlische Sinn seiner Bewohner jene Elemente, die immer wieder Altes und Neues miteinander harmonisch verbinden, zu einer großstädtischen Einheit, Düsseldorf.

